

Regierungserklärung  
von  
Ministerpräsident Winfried Kretschmann

am 25. Mai 2011  
im Landtag von Baden-Württemberg

Herr Präsident,  
meine Damen und Herren

Von unserem schwäbischen Landsmann Hermann Hesse stammt das Gedicht „Stufen“.

Dort steht der für den Hesse-Ton so typische Satz:  
„Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne...“

Ein anderer Dichter, dessen Wurzeln ebenfalls im schwäbischen Kulturkreis liegen - Bertolt Brecht -, sprach einmal von den „Mühen der Ebene“.

Beides habe ich in den letzten Tagen und Wochen verspürt:  
Den Zauber des Anfangs, aber auch schon die Mühen der Ebene.

Ich freue mich über das gespannte Interesse und über das Wohlwollen, das der neuen Landesregierung und auch mir persönlich von vielen Bürgerinnen und Bürgern entgegen gebracht wird.

Wir nehmen es als Ansporn und Verpflichtung.

Unser Koalitionsvertrag wurde weitgehend positiv aufgenommen. In ihm haben Grüne und Sozialdemokraten umfassend und detailliert die Ziele des Politikwechsels dargelegt.

Ich danke noch einmal allen, die an den schwierigen und harten Verhandlungsrunden an diesem Vertragswerk mitgearbeitet haben, insbesondere dem Landesvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei in Baden-Württemberg, Nils Schmid, dem Fraktionsvorsitzenden Claus Schmiedel, und meinen Landesvorsitzenden Silke Krebs und Chris Kühn.

Heute möchte ich Ihnen wichtige Grundlinien unserer Politik für die nächsten Jahre skizzieren.

Viele Menschen sind gespannt und neugierig, haben hohe Erwartungen an die neue Landesregierung und haben die Hoffnung auf einen neuen Politikstil - und die allermeisten wünschen uns Erfolg.

Das Vertrauen zu rechtfertigen, ist für mich und die Landesregierung eine große Herausforderung.

Der Koalitionsvertrag beschreibt unsere Ziele - mit dem Titel:  
„Der Wechsel beginnt“.

Er soll eine Dynamik in und mit allen Teilen der Bevölkerung auslösen und soll nicht einfach abgearbeitet werden.

Wir wollen eine Bürgerregierung sein!

Leitmotiv unseres Handelns ist Nachhaltigkeit in allen Bereichen.  
Wichtige Ziele sind Bildungs- und Aufstiegschancen für alle sowie ein ausgeglichener Haushalt.

Baden-Württemberg steht keine politische Revolution bevor, sondern eine ökologisch-soziale Erneuerung. Diese braucht es allerdings!

## **I. Eine neue Gründerzeit**

Wer hätte 1880 gedacht, dass eine Droschke ohne Pferde fahren kann?

Es war ein gewisser Carl Benz, der die pferdelose Droschke in Mannheim erfand. Seine Frau Bertha machte dann die erste Spritztour zur Oma nach Pforzheim und musste in Wiesloch tanken - in einer Apotheke, denn dort gab es Benzin.

Kein Wunder, dass diese Erfindung anfangs belächelt wurde, zumal Pferdedroschken billiger waren.

Aber es gab auch Weitsichtige: So meinte der *Generalanzeiger der Stadt Mannheim* im September 1886, „dass dieses Fuhrwerk eine gute Zukunft haben wird“, weil es „ohne viele Umstände in Gebrauch gesetzt werden kann und weil es, bei möglichster Schnelligkeit, das billigste Beförderungsmittel für Geschäftsreisende, eventuell auch für Touristen werden wird“. Später nannte man diese Fahrzeuge Automobil.

Wer hätte, 100 Jahre später, gedacht, dass ein Wohnhaus nicht nur im Sommer, sondern auch im Winter ohne Heizenergie auskommen kann? -

Auch hier nur die Weitsichtigen.

Heute gibt es Fertighaushersteller in Baden-Württemberg, die Null-Energie-Häuser im Programm haben.

Auch das fast Null-Energie-Haus, das Passivhaus, wurde als Mehrfamilienhaus zum ersten Mal in Baden-Württemberg realisiert, und zwar 1992 im Freiburger Stadtteil Vauban.

Passivhäuser sind dabei, zum neuen Standard von Wohnhäusern sowie von Betriebs- und Verwaltungsgebäuden zu werden.

Innovationen aus dem „Land der Energiesparer und Häuslebauer“, wobei wir noch gar nicht den Rest der Geschichte kennen, denn die Entwicklung der neuen Energietechniken am Bau geht stürmisch voran. Ich kündige an, dass wir bei den Landesgebäuden hier eine Vorbildfunktion übernehmen werden.

**Damals**, im 19. Jahrhundert, wurde durch die wirtschaftliche Nutzung von Erfindungen in der Mechanik, Chemie und Elektrizität eine Ära geprägt, die wir heute die Gründerzeit nennen und die verbunden ist mit Namen wie Daimler, Benz, Bosch, BASF und vielen anderen im deutschen Südwesten.

Die Wurzeln unserer starken „Verarbeitenden Industrie“ gehen auf diese unternehmerischen und technischen Basis-Innovationen zurück.

Und **heute**? - Stehen wir heute nicht vor einer neuen Gründerzeit, einer Ära, deren Impulse und deren Drehmoment aus den Themen der Nachhaltigkeit, der Energie- und Ressourceneffizienz, der Umweltverträglichkeit kommen werden?

Sind das nicht die Themen, die überall auf der Welt rasch an Bedeutung gewinnen und daher eine neue und tragfähige industrielle Basis für die Wirtschaft in Baden-Württemberg entstehen lassen?

Das ist die Herausforderung der kommenden Jahre!

Als europäische Kernregion müssen wir Motor einer nachhaltigen Entwicklung sein, und Motor der weiteren Integration Europas gerade auch in schwierigen Zeiten.

„Nur mit ständiger Bereitschaft zur Erneuerung bleibt unser Land erfolgreich“, so steht es im Koalitionsvertrag und dies ist die Grundrichtung unserer Wirtschaftspolitik: Nachhaltigkeit braucht Veränderung.

Diese Regierungskoalition steht für eine neue Gründerzeit - als Weg, als Navigationsspur zu den Arbeitsplätzen der kommenden Jahrzehnte!

Die „Droschke“ wird, 100 Jahre nach den Pferden, nun Schritt für Schritt auch auf das Benzin verzichten – und diese Veränderung wird wohl auf längere Sicht kaum weniger einschneidend sein.

Brauchte man damals keine Ställe, Tränken und Pferdegeschirre mehr, so wird das Auto der Zukunft auf Vergaser, Kühler und Auspuff verzichten. Das sind Produkte, auf denen im Augenblick in Baden-Württemberg noch Zehntausende von Arbeitsplätzen basieren.

Darin liegt zweifellos eine große Herausforderung. Dennoch gibt es keinen Grund zur Panik.

Der Verbrennungsmotor wird bis weit in die kommenden Jahre hinein eine nach wie vor tragende Rolle spielen – allerdings mit neuen Motorengenerationen, deren Ver-

brauch und Emissionen nochmals drastisch zurückgehen werden. Klare gesetzliche Vorgaben mit verlässlichen Zeithorizonten, was Emissionen betrifft, müssen und werden diese Entwicklung beschleunigen.

In dem Zusammenhang geht es auch darum, der Bedeutung der Elektromobilität besonnen und richtig gerecht zu werden.

Wir haben in Deutschland 41 Millionen Fahrzeuge, die 14% der CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen. Hätten wir davon 1 Million Elektrofahrzeuge - das ist erst einmal das Ziel bis zum Jahr 2020 -, dann wären dies gerade einmal 2,5% des Fahrzeugbestandes.

Der Einstieg in die Elektromobilität ist also wichtig und von hervorragender Bedeutung.

Aber ich zitiere auch den Bosch-Chef Franz Fehrenbach, der uns den wichtigen Hinweis gegeben hat: „Wir müssen die Technologien, die wir heute beherrschen, weiter verbessern.“

Die spezielle Technologie des Elektroautos ist bereits verfügbar. Aber sie ist nicht viel weiter als die Technologie des Autos im Jahr 1895 - 10 Jahre nach der Erfindung.

Viele Grundfragen, wie die Batterieproblematik, stecken noch in den Kinderschuhen. Es geht erst einmal um die Grundlagen.

Ich bin daher der Auffassung, dass in den nächsten Jahren die Forschung bei den Antriebstechniken, die Infrastruktur sowie die System- und Informationstechnik bei Mobilitätskonzepten im Vordergrund auch der Förderpolitik stehen müssen.

Das Thema Mobilitätskonzepte wird in den rasch wachsenden Ballungsräumen der Schwellenländer mit im Zentrum stehen. Umweltschonender Individualverkehr wird dabei eine Rolle spielen, aber nicht mehr die alleinige.

Ich bin deswegen überzeugt: Um auf diesem Markt mit Systemprodukten weltweit erfolgreich zu sein, müssen wir in Baden-Württemberg zu einem Schaufenster, zu einer „lebendigen Verkaufsmesse“ für neue, integrierte Mobilitätskonzepte werden.

Die rasche Verbreitung von Elektrofahrrädern, die vor fünf Jahren niemand erwartet hätte, zeigt doch, welche überraschenden Entwicklungen möglich sind.

Es wurde und wird ja zum Teil bis heute litaneiartig von manchen Leuten behauptet, man könne der Welt keine schnellen Autos verkaufen und zu Hause „Tempo 100“ verordnen.

Ich sage nun: Wir können künftig der Welt keine innovativen und umweltfreundlichen Mobilitätskonzepte verkaufen, wenn wir diese in Baden-Württemberg nicht vorweisen können - hier im vorwettbewerblichen Bereich sieht die neue Landesregierung eine koordinierende und fördernde Aufgabe der Politik. Eine künftige Exportstrategie im Mobilitätsbereich braucht also mehr als das klassische Automobil.

Nochmals: Niemand in dieser Landesregierung will den Menschen vorschreiben, welches Auto sie kaufen sollen.

Ich gebe aber zu bedenken, ob in künftigen Verkehrssystemen und bei steigenden Energiekosten schwere, spritfressende Fahrzeuge nicht bald schon ziemliche „Ladenhüter“ sein werden.

Man kann sich auch die aktuellen Probleme der amerikanischen Autoindustrie als warnendes Beispiel vor Augen halten.

Ich bin aber nicht der Ansicht, dass der Staat in erster Linie bestimmte Technologien fördern, sondern dass er klare Rahmenbedingungen dort setzen sollte, wo das Gemeinwohl im Sinne von Umwelt, Gesundheit und Nachhaltigkeit tangiert ist: Stimulierende, und nicht strangulierende Grenzwerte, bessere Vernetzung der Verkehrsträger, fahrleistungsabhängige und nicht besitzabhängige Abgabepolitik. Das sind die Linien einer solchen Ordnungspolitik.

Welche Technologien und einzelnen Produkte dann zum Tragen kommen, sollten der Markt und der Wettbewerb entscheiden. Das verstehe ich unter ökosozialer Marktwirtschaft.

Ich bin da ganz zuversichtlich: Unsere Tüftler und Erfinder werden hier wieder einmal die Nase vorne haben.

Pfiffige Ideen und unternehmerische Initiativen werden in Baden-Württemberg Unterstützung und Finanzierung finden - dafür stehen wir!

Bedarf und Impulse für eine neue Gründerzeit sehen wir aber nicht nur im Bereich von klassischer Industrie und wirtschaftsorientierter Dienstleistung.

Sondern wir sehen diesen Bedarf und wir sehen diese Impulse auch und gerade in Bereichen, die bisher noch nicht zum produktiven Kern zählen, aber immer mehr zur Arbeitsplatzbilanz beitragen, insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

Alle Experten bescheinigen dem Gesundheitsstandort Baden-Württemberg große Wachstumschancen.

Mit einem Wertschöpfungspotenzial von 15 bis 20 Mrd. € in den nächsten 10 Jahren.

Und: Der Gesundheitssektor ist schon heute die beschäftigungsintensivste Branche im Land.

Das Land hat im Gesundheitsbereich eine klare Zuständigkeit.

An erster Stelle ist dabei die finanzielle Verantwortung für die Investitionskosten der Krankenhäuser zu nennen. Wir werden die Landesmittel für die Kliniken deutlich erhöhen und damit auch zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen beitragen.

Auch in der Pflege müssen Antworten auf neue gesellschaftliche Herausforderungen gefunden werden. Bis zum Jahr 2031 wird die Zahl der Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg um mehr als 50 Prozent steigen.

Das heißt: Der Bedarf an entsprechenden Wohn- und Betreuungsangeboten, aber auch an professionellen Pflegekräften in ambulanten und stationären Einrichtungen nimmt stetig zu.

Ähnliches gilt für den Bereich der Kinderbetreuung.

Der Wunsch nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie erhöht die Nachfrage nach guten, verlässlichen und flexiblen Betreuungsangeboten.

Und er führt zu einem steigenden Bedarf an qualifiziertem Personal. Alleine für den Ausbau der Krippenbetreuung brauchen wir bis 2013 rund 7.500 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher in Baden-Württemberg.

Auch jenseits des klassischen produktiven Bereichs stecken in dieser Entwicklung damit Potenziale einer neuen Gründerzeit.

Private Dienstleister bei Pflege, Gesundheit und Kinderbetreuung konkurrieren fruchtbar mit der öffentlichen Hand, während aus der Bürgergesellschaft ergänzende Konzepte und Modelle kommen wie z.B. ehrenamtliche Pflegebegleiter oder Leih-Großväter und –großmütter.

Der demographische Wandel und die neuen gesellschaftlichen Bedarfe führen auch im Sozialen zu einem enormen Investitionsschub.

Auch hier herrscht Gründerzeit im besten Sinne!

Lassen Sie mich noch eines hinzufügen:

Die neue Gründerzeit ist nicht zuletzt auch eine Gründerinnenzeit.

Es sind erfreulicherweise immer mehr Frauen, die das Wagnis einer Firmengründung und einer selbständigen Existenz eingehen.

Warum sollen sie nicht auch da den Männern zeigen, wo's lang geht?

## **II. Ausgewählte Schwerpunkte und Vorhaben**

Vier zentrale Aufgaben werden im Vordergrund unserer gemeinsamen Arbeit von Grünen und SPD stehen:

### **1. Die ökologische und soziale Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft**

Die Brundtlandkommission definierte im Jahr 1987 Nachhaltigkeit („Sustainable Development“) folgendermaßen:

*"Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können."*

Mit anderen Worten: Wir dürfen unsere Ansprüche und Bedürfnisse nicht zulasten unserer Kinder und Kindeskiner realisieren. Mehr noch: Wir müssen das global wachsende Verlangen nach einer Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen bei allen Produkten und Dienstleistungen berücksichtigen, die wir in der Welt anbieten.

Verantwortung für Nachhaltigkeit schließt allerdings den Erfolg durch Nachhaltigkeit nicht aus, sondern sie wird ihn in Zukunft ermöglichen.

Das heißt, beide Seiten werden sich immer mehr ergänzen!

Verantwortung für Nachhaltigkeit und Erfolg durch Nachhaltigkeit - das ist für mich das Leitmotiv der Politik der grün-roten Landesregierung in den nächsten 5 Jahren!

Wir möchten Baden-Württemberg unter den Bundesländern zum Modell ökologisch orientierten Wirtschaftens machen.

Wo, wenn nicht hier in diesem wirtschaftsstarken Land, können wir zeigen, dass Ökologie und Ökonomie nicht nur keine Gegensätze sein dürfen, sondern auch keine Gegensätze sein müssen, und dass sie sich gegenseitig bedingen und befruchten.

Wir werden in den nächsten Jahren einen wahren Nachfrageschub bei umwelt- und ressourcenschonenden Produkten erleben. Sie werden die Leitindustrien der Zukunft sein.

Wir in Baden-Württemberg können zeigen, dass es geht und wie es geht!

Wir feiern in diesen Tagen das 125-Jahr-Jubiläum der Firma Bosch.

Der Name Bosch ist eng verbunden mit der Entwicklung unseres Landes.

Robert Bosch war einerseits ein Mann des technischen Fortschritts. Andererseits soll er ein großer Jäger, Heger und Landwirt gewesen sein.

Theodor Heuss, sein berühmter Biograph, hat in Robert Bosch einen Menschen gesehen, der im Widerspiel der Kräfte eine Versöhnung fand.

Die Robert Bosch GmbH war immer ein Unternehmen, das seine gesellschaftliche und soziale Verantwortung ernst genommen hat.

Ich erinnere an die frühe Einführung des „Achtsturentags“ und an den legendären Satz von Robert Bosch: „Ich zahle nicht gute Löhne, weil ich viel Geld habe, sondern ich habe viel Geld, weil ich gute Löhne bezahle.“

Bosch gehört zu jenen Unternehmen in Baden-Württemberg, die schon früh erkannt haben, welche auch wirtschaftlichen Zukunftschancen in den Bereichen Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit liegen.

Heute ist Bosch ein Weltunternehmen, das bei der Entwicklung umweltfreundlicher Produkte eine führende Rolle einnimmt.

Ein Unternehmen, das in einem Netzwerk von vielen tausend mittelständischen Partnern agiert, die ihrerseits nicht nur Produkte, sondern auch Innovationen und neue Ideen zuliefern.

Ich bin sicher: Robert Bosch würde dies gutheißen, denn er verstand etwas von schwäbischen Tugenden, von der Verbindung von Fleiß und Leistungsbereitschaft, von der Fähigkeit, in Gemeinschaft etwas aufzubauen und von der Sparsamkeit.

No nix vrkomme lasse! Ist das nicht eine überzeugende schwäbische Übersetzung für „Nachhaltigkeit“?

Verantwortung für Nachhaltigkeit und Erfolg durch Nachhaltigkeit - darin steckt auch eine große Chance für den ländlichen Raum.

Unsere abwechslungsreichen Natur- und Kulturlandschaften – dazu zählen natürlich auch unsere Städte - locken immer mehr Touristen nach Baden-Württemberg.

Nur eine naturnahe Landwirtschaft weiß diese schönen Landschaften zu pflegen und zu erhalten. Zugleich werden auf diese Weise gesunde und schmackhafte Lebensmittel aus der Region und für die Region produziert.

Wir wollen solche regionalen Wirtschaftskreisläufe stärken und die Etablierung von Regionalmarken fördern.

In diesem „magischen Dreieck“ aus Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus sehe ich die wirtschaftliche Dynamik genau dadurch entstehen, dass der ländliche Raum als naturnaher Raum und Kulturlandschaft bewahrt wird.

Deswegen haben wir die Kompetenzen für diese Politik im Ministerium für den ländlichen Raum und Verbraucherschutz gebündelt.

Die Neuausrichtung von Ökologie, sozialer Sicherheit und freiem Unternehmertum - das ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts.

Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung der Schöpfung erfordern also eine Neujustierung von Staat, Markt und Bürgergesellschaft.

Klimaschutz ist nicht nur eine Aufgabe internationaler Konferenzen. Klimaschutz fängt vor Ort an. Jede Ebene steht dabei in der Verantwortung, auch die Landespolitik. Als Landesregierung haben wir dabei auch eine wichtige Koordinierungsaufgabe zu erfüllen.

Wir stellen uns dieser Verantwortung und werden in der nun beginnenden Legislaturperiode einen Beitrag – und zwar einen erheblichen Beitrag - zur Erreichung der nationalen wie internationalen Klimaschutzziele leisten.

Ziel muss es sein, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 gegenüber dem Niveau von 1990 um rund 90 Prozent zu reduzieren.

Als zentrales Element für die Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik werden wir deswegen ein Maßnahmenbündel mit verbindlichen Zielen auf den Weg bringen.

Dazu gehört die Novellierung des Landesplanungsgesetzes.

Das Landesprogramm „Klimaschutz Plus“ wollen wir weiterentwickeln.

Wir leiten die Energiewende ein, weg von fossilen Energien und Atomenergie, hin zu sauberem Strom aus den unerschöpflichen Quellen Wind, Wasser, Sonne und Biomasse.

Die grün-rote Landesregierung wird sich auf Bundesebene für einen beschleunigten Atomausstieg einsetzen.

Die acht ältesten AKWs plus Krümmel dürfen nicht mehr ans Netz!

Dazu gehören auch die beiden ältesten und stör anfälligsten AKWs im Land - Neckarwestheim I und Philippsburg I. Auch sie müssen dauerhaft stillgelegt werden.

Für den Fall, dass die Bundesregierung die Laufzeitverlängerungen nicht zurücknimmt, werden wir uns der Klage anderer Bundesländer anschließen, um den Ausstieg aus dem Atomausstieg vor dem Bundesverfassungsgericht zu Fall zu bringen.

Die Ereignisse in Fukushima waren und sind zuallererst eine unermessliche Tragödie für die Menschen in Japan. Sie mahnen aber auch, das Ende des Atomzeitalters nicht hinauszuschieben, sondern beherzt anzupacken.

Unser Ziel ist es deshalb, die Erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020 zu einer zentralen Säule der Stromerzeugung zu machen.

Deshalb werden wir die Blockaden bei der Windkraft beseitigen.

Bis 2020 sollen 10 Prozent unseres Stroms aus heimischer Windkraft kommen.

Genauso konsequent werden wir auch andere Erneuerbaren Energien ausbauen.

Vor allem die Solarenergie bietet ein riesiges Potenzial für die Energieerzeugung. Deshalb werden wir die Solarenergie konsequent fördern – z.B. indem wir landeseigene Dachflächen für Bürgersolaranlagen zur Verfügung stellen.

Genauso wollen wir die Nutzung von Wasserkraft und Biomasse nachhaltig und naturverträglich ausbauen.

Der energetischen Sanierung landeseigener Gebäude wollen wir einen höheren Stellenwert einräumen und die Mittel dafür in den kommenden Jahren stufenweise anheben.

Energie- und Ressourcenschonung muss wirtschaftlich und gesellschaftlich breit angelegt sein.

Deshalb werden wir mit der L-Bank ein speziell zugeschnittenes Förderprogramm für kleine und mittlere Unternehmen sowie den privaten Sektor im Bereich der Energieeffizienz entwickeln und auflegen.

Ich komme zur zweiten wichtigen Grundlinie unserer Politik.

## **2. Die Schaffung bester Bildungschancen für alle**

Gleichberechtigter Zugang zur Bildung ist die große soziale Frage unserer Zeit.

Sie ist der Schlüssel zu einer freien, selbstverantwortlichen Lebensgestaltung, zur Sicherung der materiellen Existenz aus eigener Kraft und zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Alle Talente und Begabungen unserer Kinder und Jugendlichen bestmöglich zu entfalten, ist mit der Kernkompetenz Bildung die wichtigste Aufgabe eines Landes in einer föderalen Ordnung.

Bildung ist ein menschlicher und persönlicher Wert an sich!

Aber Baden-Württemberg braucht auch alle Talente und Begabungen, damit es wirtschaftlich an der Spitze bleibt.

Grüne und SPD nehmen es sehr ernst mit dieser Ansage.

Eines der wichtigsten Projekte der neuen Landesregierung wird deshalb die Förderung der frühkindlichen Bildung sein.

Frühkindliche Bildung und eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung haben für uns höchste Priorität.

Ich will, dass in unserem Land endlich alle Kinder die gleichen Chancen erhalten, an Bildung teilzunehmen – von Anfang an und unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

Unsere Landesverfassung erteilt uns diesen Auftrag in Artikel 11 schon längst. Dort heißt es:

*„Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.“*

Wenn wir jetzt die Rahmenbedingungen für ein sozial gerechtes Schulsystem schaffen, dann erfüllen wir endlich ein in der baden-württembergischen Landesverfassung schon lange verbrieftes Recht.

Es ist ein Armutszeugnis der Vorgängerregierungen, dass in Baden-Württemberg noch immer die soziale Herkunft so sehr über den Bildungserfolg entscheidet.

Dies zu ändern, ist eines der wichtigsten Ziele meiner Regierung!

Jedes Kind in Baden-Württemberg muss die Möglichkeit haben, seine Fähigkeiten und Potenziale voll zu entfalten – und zwar unabhängig von Herkunft und Geldbeutel. Das ist übrigens genau das Gegenteil von Gleichmacherei und „Einheitsschule“. Nein – bei uns wird nicht über einen Kamm geschert, bei uns sollen sich die Nachzügler besser entfalten können und die Schnelldenker auch! Das ist individuelle Förderung.

Dafür wird die neue Landesregierung viel Geld in die Hand nehmen.

Wir werden den Orientierungsplan für alle Kindertageseinrichtungen verbindlich einführen und gesetzlich verankern.

Auch die Sprachförderung ist für uns ein wichtiges Aufgabenfeld in Kitas und Kindergärten.

Sprache ist der Schlüssel für Bildungsbeteiligung und gesellschaftliche Teilhabe.

Wir setzen auf eine alltagsintegrierte Sprachförderung vom ersten Kindergarten tag an und wollen dies so umsetzen.

Den Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung für Kinder unter drei Jahren werden wir ohne Wenn und Aber umsetzen.

All diese Maßnahmen werden wir in einem Pakt mit den Kommunen verwirklichen. Die Landesregierung wird den Kommunen gerade in dieser Frage – aber natürlich

nicht nur in dieser Frage – ein verlässlicher Partner sein. Ein partnerschaftliches Verhältnis und Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung gehören zu den Leitlinien unserer Politik.

Bildungsgerechtigkeit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen haben für uns höchste Priorität. Beides wurde unter CDU-Herrschaft viel zu lange vernachlässigt und verschleppt!

An den Schulen werden wir einen Bildungsaufbruch ermöglichen. Auch hier geht es mir ganz entschieden darum, die Bildungschancen von der sozialen Herkunft und dem Einkommen der Eltern zu entkoppeln.

Nicht die Kinder müssen sich der Schule anpassen, sondern die Schulen müssen auf die individuellen Bedürfnisse, Talente und Fähigkeiten der Kinder eingehen.

Individuelle Förderung und Chancengerechtigkeit – das sind die Leitgedanken unserer Bildungspolitik.

Dazu wollen wir Innovationen in Form von Modellschulen zulassen, Gründergeist befördern und die Ideen in den Kommunen vor Ort, bei Lehrern, Lehrerinnen und Elternschaft nicht weiter behindern, sondern unterstützen und fördern.

Die Schülerzahlen werden stark zurückgehen. Das wird natürlich Strukturveränderungen erforderlich machen.

Gerade wenn wir möglichst viele Schulstandorte im ländlichen Raum erhalten wollen, müssen wir unsere Überlegungen in diese Richtung entwickeln.

Auch dies ist ein Grund, weshalb wir Gemeinschaftsschulen mit eigenem pädagogischem Konzept im Schulgesetz verankern werden.

Wir werden die Ganztagschule als Lern- und Lebensort ausbauen, mit dem Ziel einer ganzheitlichen Bildung, der individuellen Förderung und der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Eltern. Dies flächendeckend im ganzen Land umzusetzen wird ein Schwerpunkt unserer Schulpolitik sein.

Die Förderung und Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung im vorschulischen Bereich und in der Regelschule ist für uns ein wichtiges bildungspolitisches Ziel.

Wir wollen die Inklusion in Kindergarten und Schule voranbringen.

Auch in der beruflichen Bildung und Ausbildung werden wir versteckte Potenziale aktivieren. Wir wollen dabei die Erkenntnisse und Ergebnisse der Enquetekommission der letzten Legislaturperiode umsetzen.

Die Gleichstellung des allgemeinen und beruflichen Bildungswesens ist für uns dabei vorrangig.

Alle Jugendlichen haben das Recht auf eine berufliche Ausbildung mit anerkanntem Berufsabschluss. Dies werden wir u. a. durch eine Systematisierung der Wege zum Ausbildungsabschluss verwirklichen.

Das bewährte duale System der Berufsbildung wollen wir stärken.

Wir fordern die Wirtschaft auf, gemeinsam mit uns aktiv zu werden und ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen bereitzustellen und damit gemeinsam der Verantwortung für die Sicherung des Fachkräftebedarfs sowie für die soziale Integration der jungen Menschen in die Berufswelt gerecht zu werden.

Baden-Württemberg verfügt über eine vielfältige Hochschullandschaft, die national wie international exzellente Leistungen hervorgebracht hat. Diesen Schatz werden wir hüten pflegen und vermehren.

Der Zugang zu akademischer Bildung darf nicht an finanziellen Hürden scheitern. Deshalb werden wir noch in diesem Jahr ein Gesetz einbringen und die Studiengebühren in Baden-Württemberg zum Sommersemester 2012 abschaffen.

Wir sind der Meinung, dass Hochschulbildung nicht über Gebühren, sondern über Steuern zu finanzieren ist - und befürworten insofern entsprechende Maßnahmen etwa im Bereich des Spitzensteuersatzes.

Ich komme zum dritten Punkt:

### **3. Baden-Württemberg zum Musterland guter Arbeit machen**

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Europäischen Union ist in den letzten Jahren leider gekennzeichnet durch die Zunahme der prekären, ungesicherten und unterbezahlten Beschäftigung.

Unsere Auffassung ist: Ein Land wie Baden-Württemberg, das gerade in Zeiten einer neuen wirtschaftlichen Dynamik motivierte und qualifizierte Arbeitskräfte braucht, muss künftig einen anderen Weg gehen.

Wir wollen daher Baden-Württemberg zum Musterland für gute Arbeit machen – ich erinnere an den Spruch von Robert Bosch.

Dazu kann die Politik einen Beitrag leisten - zum Beispiel durch die Festlegung von Mindestlöhnen. Entsprechende Initiativen auf Bundesebene werden wir unterstützen.

Dazu müssen aber auch Wirtschaft und Tarifpartner beitragen. Ich meine, dies können sie und dies ist auch im wohl verstandenen unternehmerischen Eigeninteresse in einem Industrieland, das im Wettbewerb bei Qualitätsprodukten steht.

Wir wollen, dass alle arbeitenden Menschen - nicht nur die Führungsebenen - einen gerechten Anteil an der wirtschaftlichen Dynamik haben, die unübersehbar und erfreulicherweise im Gange ist.

Wir wollen, dass sie Aufstiegschancen durch Weiterbildung im beruflichen Alltag nutzen können, dass Leiharbeit in Anstellungen, dass befristete Beschäftigung in verlässliche Arbeitsverhältnisse übergeht.

Den Auswüchsen bei der Leiharbeit werden wir entschieden entgegentreten. Wer nebeneinander am Band oder hinter der Verkaufstheke steht und arbeitet, muss gleich behandelt werden.

Für die Durchsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ werden wir uns deshalb mit Kräften engagieren – besonders auch für die weiblichen Beschäftigten.

Auch hier, in der Arbeitswelt, ist ein neues Grundverständnis angesagt, auch hier muss der Wechsel beginnen.

Wir wollen die Spaltung in gute und prekäre Jobs überwinden, denn das ist nicht nur für die Betroffenen wichtig, es ist auch wichtig für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Wir wollen, dass sich die Akteure des Arbeitsmarktes für dieses Ziel zu einer „Allianz für Fachkräfte“ zusammenfinden und werden dazu die Initiative ergreifen.

Dabei wird es unter anderem um folgende Punkte gehen:

- die Verringerung der Bildungsabbrüche an Schulen und Hochschulen,
- die Verbreiterung von berufsbegleitenden Weiterbildungsangeboten,
- die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- den Abbau von Hemmnissen bei der Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften
- und die schnellere Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen und Qualifikationen.

Dass Frauen in vergleichbarer Position und in vergleichbaren Tätigkeiten weniger verdienen als Männer, ist eine Tatsache.

Damit wollen wir uns nicht einfach abfinden. Deshalb ist der Abbau von jeweiligen Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern ein ausdrückliches Ziel dieser Landesregierung.

„Ohne gezielte Zuwanderung wird es nicht gehen“, sagte der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Frank-Jürgen Weise vor wenigen Tagen  
(*Schwäbische Zeitung*, 16.5.11).

Er weist darauf hin, dass in Deutschland bis 2025 eine Lücke von 6 bis 7 Millionen Fachkräften entstehen würde. Diese Lücke könne durch das Mobilisieren von Arbeitskräften nur etwa zur Hälfte gefüllt werden – das müssen wir natürlich vorrangig tun.

Da müssen wir uns sehr engagieren. Denn der Fachkräftemangel droht zum schwerwiegenden Engpass der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und insbesondere in Baden-Württemberg zu werden.

Ich denke dabei auch an die mitunter schwierige Situation bei den Pflegeberufen oder auch bei Erzieherinnen und Erziehern.

Da geht es um die Schaffung von Rahmenbedingungen, die diese Berufe für Frauen und Männer attraktiver machen.

Der Fachkräftemangel ist ein Thema, das uns beschäftigen muss.

Deshalb werden wir uns gemeinsam mit der Wirtschaft, mit Gewerkschaften, Kammern, Bildungseinrichtungen und der Arbeitsagentur konkrete Strategien und Maßnahmen überlegen.

In Sachen „gute Arbeit“ wollen wir als Landesverwaltung aber auch eine Vorbildfunktion übernehmen, insbesondere was die Vergabe öffentlicher Aufträge betrifft.

Durch ein Tariftreuegesetz werden wir alle Anbieter verbindlich verpflichten, bei der Ausführung öffentlicher Aufträge des Landes und der Kommunen die Tariflöhne einzuhalten. Den Gesetzentwurf dazu wird die Landesregierung zeitnah ins Parlament einbringen, damit das Gesetz ab 2012 gelten kann.

Zur sozialen Gerechtigkeit in einem wirtschaftlich starken Land gehört es auch, die auf Dauer weniger Qualifizierten, die Menschen mit individuellen Nachteilen am Arbeitsmarkt nicht zu vergessen.

Wir brauchen daher in Baden-Württemberg mehr Engagement für einen sozialen Arbeitsmarkt.

Die bisherigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente waren nicht immer optimal und nicht immer erfolgreich - die Zahl von 70.000 Langzeitarbeitslosen in Baden-Württemberg spricht für sich.

Wir werden daher in Baden-Württemberg neue Wege entwickeln und beschreiten, um diesen Menschen eine Chance zu geben: „Gute Arbeit“ heißt ja vor allem auch Solidarität mit den Schwachen!

In einer weiteren wichtigen Grundlinie unserer Politik geht es um nachhaltige Finanzpolitik:

#### **4. Nachhaltige Finanzen**

Nachhaltige Finanzpolitik ist die Grundlage von wirtschaftlicher Zukunftsverantwortung und Generationengerechtigkeit.

Wir wollen, dass auch unsere Kinder und Enkel noch Möglichkeiten der politischen Gestaltung haben.

Wir werden daher die Finanzpolitik auf die Einhaltung der Schuldenbremse des Grundgesetzes ausrichten.

Mit einem „Finanzplan 2020“ werden wir eine für alle Ressorts verbindliche Orientierungsplanung einführen.

Ein ressortübergreifendes, vorausschauendes Haushaltscontrolling wird dies unterstützen.

Es war die Ausschussreise des Finanzausschusses nach Kanada und der kanadische „Treasury Board“, die für mich in dieser Hinsicht wichtige Impulse und Anregungen gegeben haben, die nun von der neuen Regierung gemeinsam aufgegriffen werden.

Nach 58 Jahren CDU-Regierung steht das Land vor einem gewaltigen Schuldenberg. Zwar sieht die vordergründige Optik des Haushalts im Vergleich zu anderen Bundesländern recht gut aus.

Doch wenn man die verdeckten und verschobenen Lasten berücksichtigt, sieht es anders aus: Zählt man die wachsenden Pensionsverpflichtungen und die im Haushalt verbuchte Verschuldung zusammen, so steht Baden-Württemberg auf dem letzten Platz aller 13 deutschen Flächenländer – auf dem letzten Platz!

Hinzu kommen Sanierungsrückstände an den Hochschulgebäuden, bei den Landesstraßen und bei den Krankenhäusern in Milliardenhöhe - ein Vermögensverzehr von beträchtlichen und inakzeptablen Ausmaßen.

Das alles bei einem Schuldenberg von 40 Milliarden Euro! Hinzu kommt, dass die bisherige mittelfristige Finanzplanung eine erhebliche Schieflage hat. Sie weist für die Jahre 2012 bis 2014 eine jährliche Finanzierungslücke von etwa drei Milliarden Euro aus.

Noch vor der Sommerpause wird die Landesregierung einen Kassensturz machen und ein umfassendes und ungeschminktes Bild der Landesfinanzen dem Landtag vorlegen.

Fazit: Es wird einer gewaltigen Kraftanstrengung bedürfen, um die Finanzen des Landes wieder auf einen soliden und seriösen Pfad der Nachhaltigkeit zu bringen.

Zunächst geht es darum, die zu erwartenden Steuermehreinnahmen vorrangig zur Konsolidierung des Haushalts zu verwenden.

Hier besteht vollkommene Übereinstimmung zwischen den Regierungsfractionen, im Kabinett und insbesondere mit dem Finanzminister.

Darüber hinaus werden wir die gesamte Landespolitik einer gründlichen Aufgabenkritik unterziehen. Denn nur so kann das strukturelle Defizit des Haushalts Schritt für Schritt reduziert werden. Das haben Sie leider in den ganzen Jahren nicht gemacht.

Aber die Herausforderung besteht ja gleichzeitig darin, trotzdem in Schlüsselbereichen wie Frühkindliche Bildung, Schule, Hochschule, Forschung und Gesundheit zu investieren, damit wir die Quellen des zukünftigen Reichtums nicht untergraben.

Wir werden es nicht zulassen, dass wichtige Zukunftsthemen der Nachfinanzierung von Ihren Altlasten zum Opfer fallen. Erste Akzente werden wir mit einem Nachtragshaushalt noch in diesem Jahr in wenigen, ausgewählten Feldern setzen.

Ich will auf zwei wichtige Punkte näher eingehen: Die Neuordnung des Finanzföderalismus – Stichwort Länderfinanzausgleich – und das Thema Grunderwerbsteuer.

Beides Themen, mit denen die bisherige Landesregierung befasst war und beides Themen, bei denen sie falsch entschieden hat.

Die Koalition hat die Absicht, die Grunderwerbsteuer von 3,5% auf 5% anzuheben, um die Kinderbetreuung und die Frühkindliche Bildung in Baden-Württemberg auszubauen und zu verbessern.

Die Alternative wäre gewesen, noch mehr in die Verschuldung zu gehen, und diesen Weg gehen wir nicht. Deshalb sind wir diesen Weg gegangen.

Die Familie profitiert davon direkt durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und ich füge hinzu: Viele Familien werden sich erst dadurch überhaupt ein Eigenheim leisten können.

Die Wirtschaft profitiert ihrerseits durch ein verbessertes Fachkräfteangebot. Und für die Kinder erreichen wir eine deutliche Qualitätsverbesserung in der frühkindlichen Bildung.

Alle Studien sind sich einig - und ich denke, wir hier im Landtag auch -, dass die frühkindliche Bildung ganz entscheidend ist für die spätere Bildungs- und Berufskarriere.

Dies ist der Grund, warum wir uns entschlossen haben, diejenigen, die gewinnen, Familien und Wirtschaft, auch zu einem Beitrag zu verpflichten.

Das ist eine Steuererhöhung, die einem klaren und nachvollziehbaren Zweck dient und die dem Gemeinwohl dient. Deshalb habe ich außer einem leisen Grummeln auch keine große Kritik daran gehört.

Allgemein gilt: Diese Landesregierung tritt für einen handlungsfähigen Staat ein, der die öffentlichen Aufgaben über angemessene Steuern finanziert. Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten!

Deswegen werden wir hier im Land die Steuerverwaltung personell stärken, damit wir auch zu den Steuern kommen, die uns eigentlich zustehen und in der Bundespolitik dafür streiten, die Spitzenverdiener und die hohen Privatvermögen stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls heranzuziehen.

Dabei werden wir uns auch für eine verstärkte Steuerautonomie der Länder einsetzen, die wir in der Föderalismuskommission leider nicht erreichen konnten.

Ich halte die alte - und alleinige - Gegenüberstellung von „Staat und privat“ für überholt.

Es geht nicht um mehr Staat und weniger privat - oder umgekehrt. Vielmehr geht es um eine neue Justierung des Verhältnisses von Staat, Markt und Bürgergesellschaft.

In diesem Dreiklang von Wettbewerb, Subsidiarität und Solidarität definieren sich aus unserer Sicht Gemeinwohl, wirtschaftliche Prosperität und Zukunftsfähigkeit einer bürgerlichen Gesellschaft.

Nun, noch einige Sätze zum Finanzföderalismus:

Herr Oettinger, Herr Drexler und ich hatten uns ja in der Föderalismuskommission II engagiert.

Das Land Baden-Württemberg konnte sich hier deutschlandweit und über Parteigrenzen hinweg Vertrauen und Anerkennung erwerben.

Dieses Vertrauen und diese Anerkennung sind von unserer Vorgängerregierung innerhalb weniger Monate aus durchsichtigen Wahlkampfmotiven sehr beeinträchtigt worden.

Nun ist es an der Zeit, dass unser Land wieder eine in Inhalt und Ton seriöse und seiner Bedeutung angemessene Rolle in der anstehenden Reform des Finanzföderalismus einnimmt.

Dies bedeutet Konzepte, dies bedeutet Gespräche, dies bedeutet Konsenssuche. Dies bedeutet aber auch eine entschlossene Reformperspektive, um das ungerechte und anreizfeindliche System zu modernisieren und auf eine neue Grundlage zu stellen.

Aber mit dem Geist der Kooperation und nicht mit dem der Konfrontation.

Klagen - wenn sie Aussicht auf Erfolg versprechen - sind das letzte und nicht das erste Mittel! So gehen wir die Dinge an.

### **III. Politik des Gehörtwerdens**

Diese Regierung will eine Politik des Gehörtwerdens praktizieren.

Wir wollen Ökologie und Ökonomie in Einklang bringen.

Wir wollen unser Land zu einer Modellregion des ökologisch orientierten Wirtschaftens und „guter Arbeit“ machen.

Wir wollen nachhaltiges Haushalten praktizieren, die Nettonullverschuldung schnellstmöglich realisieren und mittelfristig Schulden abbauen.

Wir wollen bestmögliche Bildung für alle.

Wo es Freiheit gibt, da wird es immer auch Ungleichheit geben. Deshalb muss eine Gesellschaft aber auch alles dafür tun, um Chancengerechtigkeit zu schaffen.

All dies zu ermöglichen und zu fördern, das betrachte ich als Auftrag der neuen Regierung.

Den Stillstand zu durchbrechen, dafür wurden wir gewählt.

Wir werden diese Aufgabe besonnen angehen. Und weil wir dabei den Schritt in die Bürgergesellschaft gehen wollen, ist unser Verständnis von nachhaltiger Politik kein Konzept, das dem Land einfach übergestülpt wird.

Vielmehr wollen wir die Dinge im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, im Dialog mit den organisierten und nichtorganisierten Interessengruppen in unserem Land vorantreiben.

Viele Menschen verbinden mit uns die Hoffnung auf einen neuen Politikstil. Die Zeit des Durchregierens von oben ist zu Ende.

Gute Politik wächst von unten, echte Führungsstärke entspringt der Fähigkeit zuzuhören. Diese Regierung wird eine Politik des Gehörtwerdens praktizieren. Sie wird den Bürgerinnen und Bürgern im Dialog gegenüberreten, zuhören und dann entscheiden.

Für mich ist die Einmischung der Bürgerinnen und Bürger keine Bedrohung oder ein Ausdruck einer Dagegen-Haltung, sondern eine Bereicherung.

Sie setzt im Übrigen eine bürgerliche Tradition aus dem 19. Jahrhundert fort: die Tradition des Vereinswesens, der Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger, heute bereichert durch neue Formen der Bürgerbeteiligung wie Bürgerinitiativen, freier und flexibler als früher, gestärkt durch neue Medien, vor allem durch das Internet.

In einer Demokratie gibt es auch mal scharfe Konflikte. Und man muss wissen, damit umzugehen.

Die Fairness ist dabei die Bringschuld der Institutionen - die Bringschuld der Bürgergesellschaft heißt „zivilisierter Streit“.

Kunst und Kultur können ebenfalls Einspruch sein, Provokation und Stachel für eine lebendige Demokratie, aber auch eine Schule des genauen Hinsehens und Hinhörens.

Demokratie braucht selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger und Demokratie braucht eine selbstbewusste Kultur als Ausdruck eines autonomen Bürgerbewusstseins.

Auch unter den Vorzeichen der Haushaltskonsolidierung genießen Kunst und Kultur für uns deshalb einen hohen Stellenwert.

Die repräsentative Demokratie ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens. Doch die zunehmende Distanz zwischen demokratischen Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern können wir andererseits nicht länger ignorieren.

Man spürt sie auch in Baden-Württemberg. Das besorgt mich und besorgt hoffentlich uns alle.

Unsere Demokratie ist stabil, gewiss. Aber Demokratie versteht sich nie von selbst. Sie ist anstrengend und will gepflegt werden.

Ich hatte in den ersten Tagen meines Amtes zwei Termine, die mir eindrucksvoll vor Augen geführt haben, wie viele Menschen sich für unser Gemeinwesen, im Sozialbereich und für die Umwelt engagieren: Beim Tag der deutschen Bürgerstiftungen und bei einem Jubiläum des Genossenschaftsverbands hat man gesehen, welche Potenziale da in unserer Gesellschaft sind.

Es geht hier also um die eigenständige Gestaltungskraft der Zivilgesellschaft - um „Graswurzeldemokratie“, um Gemeinsinn, Subsidiarität und Solidarität.

All das hat Baden-Württemberg immer ausgezeichnet.

Ich sage: eine moderne, eine lebendige und starke Demokratie lebt vom Einspruch und von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Nicht dort, wo sich Menschen einmischen ist die Demokratie bedroht, sondern dort, wo sie sich abwenden von den öffentlichen Angelegenheiten, von der *res publica*.

Mehr Bürgerbeteiligung stärkt auch die parlamentarische Demokratie. Das ist jedenfalls meine feste Überzeugung.

Die Themen Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung sind daher für mich und für diese Landesregierung kein verzierendes Beiwerk. Sie sind eine zentrale Aufgabe für alle Ressorts. Dort werden transparente Verfahren und wegweisende Projekte für mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen entwickelt und durch die Staatsrätin in meinem Haus gebündelt. Wir machen ernst mit diesem Querschnittsthema!

Wir wollen Strukturen so verändern, dass Bürgerinnen und Bürger Gehör finden - auch außerhalb der Wahltage.

Wir wollen neue Medien nutzen, um politische Teilhabe zu ermöglichen.

Wir werden auch denen neue Möglichkeiten geben, ihre Stimme zu erheben, die bislang im politischen Konzert bislang nur leise zu hören waren: zum Beispiel den Frauen, den Migranten oder auch den Jugendlichen.

Ebenso werden wir eine aktive Integrationspolitik betreiben. Baden-Württemberg ist ein buntes Land, das von seiner Vielfalt lebt. Die Zuwanderer, ihre Kinder und Enkel leben mitten unter uns und gehören dazu.

Das interkulturelle und interreligiöse Miteinander, die Partizipation von Migrantinnen und Migranten in Wirtschaft und Gesellschaft ist Schlüssel für ein erfolgreiches und menschliches Baden-Württemberg.

Um diese politische Querschnittsaufgabe zu bewältigen, richten wir das Integrationsministerium ein.

Es geht hier um neuen Schwung und neue Initiativen. Und es geht hier darum, einiges nachzuholen, was von unseren Vorgängern doch nur mit „halber Kraft“ angefasst und betrieben wurde.

Die Koalition wird getragen von vielen inhaltlichen Übereinstimmungen, von gemeinsamen Zielen und Visionen für unser Land. Doch Stuttgart 21 bleibt kontrovers.

Wir haben uns jedoch auf ein gemeinsames Verfahren geeinigt. Beide Koalitionspartner werden sich daran halten.

Und wir haben festgestellt: Die Schlichtung zum Projekt Stuttgart 21 taugt durchaus als Blaupause für eine Politik des Gehörtwerdens.

Sie hat auch gezeigt: Wir brauchen neue Formate der Bürgerbeteiligung und des Dialogs.

Vor allem bei Infrastrukturmaßnahmen müssen die Bürger frühzeitig einbezogen werden: indem Alternativen ernsthaft abgewogen und keine informellen Vorentscheidungen getroffen werden.

Das letzte Wort haben die gewählten Organe oder das Volk direkt.

Wir werden aber die Bürgerinnen und Bürger anhören und in die Planungen einbeziehen. Und zwar nicht erst dann, wenn im Grunde schon alles entschieden ist. Wir werden ihre Anliegen ernst nehmen und gegen die Interessen der Allgemeinheit sorgfältig abwägen, und wir werden dann in einem transparenten, gleichberechtigten und fairen Verfahren entscheiden.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen lassen schon heute Raum für eine intensivere Mitwirkung der Öffentlichkeit. Diesen Raum wollen wir nutzen.

Wir werden in einem ersten Schritt einen Leitfaden für eine neue Planungs- und Beteiligungskultur erarbeiten. Dieser soll Methoden benennen, die dem Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Information und Mitgestaltung gerecht werden.

Voraussetzung für Bürgerbeteiligung ist Transparenz und frei zugängliche Information.

Die digitalen Netze bieten dazu große Chancen. Sie eröffnen die Möglichkeit, dass sich Bürger und Staat auf Augenhöhe begegnen können.

In einem umfassenden Informationsfreiheitsgesetz werden wir deshalb gesetzliche Regelungen treffen, damit Bürgerinnen und Bürger unter Beachtung des Datenschutzes grundsätzlich freien Zugang zu Informationen der öffentlichen Verwaltung erhalten.

Bei den bestehenden Elementen der direkten Demokratie geht es uns darum, Voraussetzungen zu schaffen, damit diese auch praktisch angewandt werden können.

Volksbegehren und Volksentscheid sind schon heute ein verbrieftes Recht in unserer Landesverfassung. Die formalen Hürden aber sind so hoch, dass es real noch nie dazu gekommen ist.

Im Nachbarland Bayern fanden schon sieben Volksentscheide statt.

Wir werden diese Hürden abbauen: Für Volksbegehren sollen künftig weniger Unterschriften nötig sein. Und die Unterschriften sollen über einen längeren Zeitraum auch auf der Straße und nicht nur in Amtsstuben gesammelt werden können.

Bei Volksabstimmungen wäre die Abschaffung des Zustimmungsquorums die richtige Entscheidung - wie es in Ländern ist, in denen erfolgreich direkte Demokratie praktiziert wird.

Ich will an dieser Stelle ein offenes Wort an die Kolleginnen und Kollegen der CDU richten: Wir wissen natürlich, dass dieses Thema durch Stuttgart 21 aufgeladen ist.

Aber mein eindringlicher Appell an Sie lautet: Überlegen Sie sich Ihre Haltung noch einmal in Ruhe.

Es geht nämlich nicht darum, uns einen Gefallen zu tun, sondern darum, den Menschen in unserem Land einen Gefallen zu tun.

Ermöglichen Sie ihnen eine realistische Option auf Mitsprache, auf direkte Demokratie.

Wenn man sich nicht gleich am bayerischen Nachbarland orientiert und die Quote bei Volksabstimmungen ganz abschafft, so wäre schon eine gewisse Anpassung an die Gepflogenheiten in den meisten anderen Ländern eine erhebliche Verbesserung.

In Bayern, Hessen und Sachsen gibt es kein Quorum für einfache Gesetze. In Nordrhein-Westfalen wird ein Quorum von 15 Prozent verlangt, in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz von 25 Prozent, in Bremen von 20 Prozent.

Die FDP hat erklärt, eine Absenkung auf 20 Prozent mitzutragen. Das begrüßen wir. Wie sind bereit, diese Idee aufzugreifen.

Mein Vorschlag an die Kolleginnen und Kollegen der CDU lautet: Einigen wir uns im Hohen Haus auf diese Quote. Dann sind wir einer zeitgemäßen Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen ein gutes Stück näher gerückt.

Auf kommunaler Ebene wollen wir die direkte Demokratie ebenfalls stärken. In den Städten und Gemeinden werden wir die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide senken und zu mehr Themen Bürgerentscheide ermöglichen.

Außerdem soll dieses Verfahren auf die Landkreisebene ausgedehnt werden. Darüber hinaus führen wir dort die Direktwahl der Landrätinnen und Landräte ein.

Auch junge Menschen sollen mehr Mitwirkungsrechte erhalten. Bereits im Alter von 16 Jahren soll bei den Kommunalwahlen das aktive Wahlrecht gelten.

Ich lade alle im Land dazu ein, diese neue Politik mit uns gemeinsam zu gestalten, die zentralen Herausforderungen mit uns gemeinsam zu meistern.

Diese Einladung gilt auch Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg.

Lassen Sie uns, nach Monaten des ungewohnt harten Schlagabtausches und der Polarisierung, zurückkehren zur konstruktiven Auseinandersetzung. Dafür hat dieses Parlament immer gestanden. Ich habe das immer zu schätzen gewusst.

Denn dies ist ein Stil, der gut zu unserem Land passt.

Er hat auch fraktionsübergreifenden Konsens ermöglicht.

Und er schließt harte Auseinandersetzungen in der Sache nicht aus. Dies gehört zu einer lebendigen Demokratie, zu einem lebendigen Parlamentarismus dazu.

Ich will sehr für diese Form der Politik werben.

Ich hoffe und freue mich auf konstruktive Auseinandersetzungen, auf gute und ge-  
deihliche Zusammenarbeit zum Wohl des Landes Baden-Württemberg und seiner  
Menschen.